

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insektionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

N 124.

Dienstag, den 21. Oktober

1902.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben diese am 24. und 25. d. Mts. für nicht dringliche Angelegenheiten geschlossen.
Eibenstock, am 9. Oktober 1902.

Königliches Amtsgericht.

Die Expeditionen des **Gemeindeamtes**, der **Sparkasse** und des **Standesamtes** sind **Mittwoch und Donnerstag, den 22. u. 23. d. Mts.** wegen vorzunehmender Reinigung geschlossen. Unaussehliche Angelegenheiten werden — an diesen Tagen Vormittags 11—12 Uhr — erledigt.
Schönheide, am 17. Oktober 1902.

Der Gemeindevorstand.

Freitag, den 24. dieses Monats

werden Vorm. 11 Uhr auf **Walterselle Wolfgrün 15 Stück alte Duer**, 77 m alte Weichen, 12 rm alte Bräudenschwellen u. Brennholz u. 8 Stück Cementfässer; Nachm. 7/1 Uhr auf **Bahnhof Eibenstock 125 Stück alte Duerfchwellen**, 14 Stück Cementfässer und 1 rm Brennholz öffentlich und gegen sofortige Baarzahlung versteigert.

Königliche Eisenbahn-Bauinspektion Adorf.

Vor der Entscheidung.

Die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes hat begonnen. Zu Anfang gab, wie bereits gemeldet, Graf Bülow eine außerordentlich bedeutungsvolle Erklärung ab, die darin gipfelte, daß die verbündeten Regierungen unter keinen Umständen einer Erhöhung der Mindestsätze für Getreide oder ihrer Ausdehnung auf andere Artikel des Tarifs zustimmen würden. Diese Erklärung, die an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt, bekräftigt jeden Zweifel, der bisher etwa noch an der Festigkeit der Haltung der verbündeten Regierungen laut wurde, die Parteien wissen nunmehr, woran sie sind. Die verbündeten Regierungen sind also gewillt, an der „mittlern Linie“ festzuhalten, d. h. sie sind noch immer entschlossen, der deutschen Landwirtschaft den notwendigen, aber keinen übertriebenen hohen Schutz zu gewähren, ohne dabei die Industrie zu benachteiligen und ohne sich der Möglichkeit zu begeben, vorteilhafte Handelsverträge abzuschließen. Das ist im wesentlichen der Inhalt der soviel angefeindeten „mittlern Linie“ des Grafen Bülow.

Man begreift kaum, wie es möglich ist, daß der Reichskanzler gerade wegen dieser seiner vermittelnden Haltung so heftig von vielen Seiten angegriffen wird. Kann es denn ein vornehmeres Ziel für eine tüchtige Regierung geben, als die Ausgleichung von Gegensätzen im Volke und im Parlamente? Und das heißt doch nichts anderes, als eben eine „mittlere Linie“ innehalten! Wenn sich unsere extremen Politiker der Rechten sowohl wie der Linken nur einmal an die Stelle der verbündeten Regierungen versetzen wollten, statt die Dinge lediglich von ihrem Parteistandpunkt aus anzusehen, sie würden bald merken, daß ihnen gar nichts anderes übrig bliebe, als eben auch eine mittlere Linie einzuhalten, wenn anders ihnen das Wohl des Vaterlandes höher steht als Partei-Interessen. Daß Graf Bülow sich von dieser Mittellinie durch keine Angriffe der Parteien abdrängen läßt, das ist ein Verdienst, das gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Er hat seine Agrarpolitik nicht, wie es von extrem agrarischer Seite gefordert wird, ausschließlich nach den Bedürfnissen der nordöstlichen deutschen Landwirtschaft eingerichtet, sondern hat ebenso die südl. und westl. Bedürfnisse berücksichtigt, die unter andern Bedingungen produziert. So gern er selbst wohl höhere Agrar-Zölle bewilligen würde, so machte es ihm die genannte Rücksicht und ebenso die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse anderer Erwerbszweige wie auch der Konsumenten zur Pflicht, nicht über das im Tarif-Entwurf normierte Maß an Zollschutz hinauszugehen.

Es ist daher ganz ungerechtfertigt, zu behaupten, Graf Bülow läge das Wohl der Landwirtschaft nicht am Herzen — sehr im Gegenteil, der Hinweis auf die Einstellung der Mindestsätze für die wichtigsten Getreidearten und das unerschütterte Festhalten an der für die Landwirtschaft überhaupt wesentlich günstigeren Gestaltung des neuen Tarifs gegenüber den bisherigen autonomen Sätzen sollte genügen, um diese Angriffe als haltlos zu erweisen. Wenn sich die Mehrheitsparteien Erwägungen wie den vorstehenden noch in letzter Stunde zugänglich erweisen würden, so müßten sie mit Notwendigkeit dazu gelangen, die ihnen vom Reichskanzler entgegengetretene Hand zu ergreifen und sich doch noch zu einer Einigung auf dem Boden der Vorlage bereit zu erklären. Dem Vaterlande und insbesondere der deutschen Landwirtschaft würde ein solcher Entschluß nur zum Segen gereichen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Im Reichstage hat am Donnerstag die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes begonnen. Noch ehe die Berichterstatter der Kommission ihres Amtes walten konnten, ergriff, wie bereits gemeldet, der Reichskanzler das Wort. Klar und bestimmt kennzeichnete er noch einmal in großen Zügen die

beiden Hauptzwecke der Regierungs-Vorlage, der Landwirtschaft zu helfen und gleichzeitig der Industrie durch Ermöglichung erprobter Handelsverträge ihre ausländischen Absatzgebiete zu sichern und thunlichst zu erweitern. Ferner erklärte er von Neuem, daß die verbündeten Regierungen sich ebenso wenig auf eine Erhöhung der Mindestsätze ihrer Vorlage als auf eine Ausdehnung des Systems der Mindestsätze auf andere Artikel einlassen können. Abg. v. Kardorff (Reichsp.), der einzige Redner der Kommissions-Mehrheit, der am ersten Berathungstage zu Worte kam, legte der Erklärung des Reichskanzlers diejenige seiner Fraktion dahin entgegen, daß diese an den Beschlüssen der Kommissions-Mehrheit festhalten werde. Der Abg. Gotthein (fr. Bg.) behelligte das Haus alsdann mit einer selbstgefälligen Aufzählung der abgedrohten Argumente gegen die Mindestsätze. — Am Freitag leitete die Debatte der Abg. Antrich (Soz.) mit einer nahezu vierstündigen Rede ein, in der sich wohl kaum ein einziger zutreffender Satz befand. Abg. Baasche trat Namens der Nationalliberalen für die Regierungsvorlage ein. Abg. Graf Ranik (l.) bedauerte die Erklärung des Reichskanzlers und erklärte, daß die große Mehrheit der konservativen Fraktion für die Minimalzölle des Antrags Wangenheim bezüglich des Brodgetreides stimmen werde. Aus den Ausführungen des Centrumsabgeordneten Herold endlich ergab sich, daß das Centrum, mit alleiniger Ausnahme des Abg. Dr. Heim, an den Kommissions-Beschlüssen zu den Agrarzölle festhalten wird.

— Die augenblickliche Parteistärke der Fraktionen des Reichstages hat sich folgendermaßen gestaltet: Es zählen an Mitgliedern: Konservativ 52, Reichspartei 20, Antifemiten 10, Centrum 106, Polen 14, Nationalliberal 53, freisinnige Vereinigung 14, freisinnige Volkspartei 26, deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 58, fraktionslos sind 36, im Ganzen 396 Abgeordnete. Erledigt ist der Wahlkreis 6, Liegnitz, durch den Tod des Stadtraths Kauffmann.

— Bis zum 14. Oktober sind beim Reichstag etwa 116 800 Petitionen für und gegen den Zolltarif eingegangen.

— In den mit der Vorbereitung des Reichshaushalts-Voranschlags betrauten Kreisen wird, wie die „R. L. Z.“ schreibt, angenommen, der Fehlbetrag werde sich niedriger stellen, als bisher mehrfach verlautete, allerdings aber höher sein, als 100 Millionen Mark.

— Der Empfang der Buren generale durch die Berliner Bevölkerung kennzeichnet sich kurz und gut dadurch, daß allgemein konstatiert wird, eine solche Begeisterung sei seit langen Jahren dahier nicht gesehen worden. Dabei waren die von Herzen kommenden Kundgebungen allseitig durchaus würdig und den gebotenen Rücksichten Rechnung tragend. Jede politische Demonstration ist vermieden worden.

— General Dewet reiste am Sonnabend Abend 10 Uhr aus Berlin nach dem Haag ab, während die Generale Botha und Delarey um 11 Uhr 10 Minuten die Reise nach Brüssel antraten. Den Generalen wurden bei ihrer Abreise von einer ungeheuren Volksmenge stürmische Ovationen dargebracht.

— Im Interesse der dauernden Unterstützung der Buren wird der Gedanke ventilirt, den bestehenden Burenhilfsbund in Permanenz zu erklären! — Es soll schon jetzt als sicher anzunehmen sein, daß die aus deutschen Händen gestifteten Spenden, soweit sie vorliegen, die französische Sammlung weit überflügelt haben. Man spricht in unterrichteten Kreisen davon, daß die Buren generale bis jetzt in Deutschland 260 000 Mark erhalten haben, während in Frankreich 90 000 Francs — 72 000 Mark zusammengelassen sind.

— Oesterreich-Ungarn. Die Tagung des österreichischen Reichsrathes ist durch eine Reihe wichtiger Eröffnungen vom Regierungstische eingeleitet worden. Bemerkenswerth ist, daß trotz der ungünstigen allgemeinen Verhältnisse die Finanzen Oesterreichs sich immer noch in vorteilhafter Weise

gestaltet haben. Der Schwerpunkt der Session liegt in der Regelung der Sprachenfrage und der Erledigung des Ausgleiches mit Ungarn, der solange gefährdet ist, als nicht die von den Tschechen angebotene Obstruktion durch eine Verständigung in der Sprachenfrage beschworen wird. Ministerpräsident v. Kober hat seiner Gewohnheit gemäß in vollkommen ruhiger und sachlicher Weise seine Vorschläge einer objektiven Prüfung empfohlen. Die Tschechen aber antworteten gleich am ersten Sitzungstage mit plumpen Ausfällen und wüsten Demonstrationen.

— Frankreich. In der französischen Deputirtenkammer rechtfertigte am Freitag der Ministerpräsident Combes die von der Regierung getroffenen Maßnahmen bei der Schließung der Congregationschulen. Das Land, sagte er, würde dem Untergange geweiht sein, wenn es vor den Congregationen zurückwiche. „Wir wollen dem Eindringen des Mönchtums Halt gebieten. Von der Kammer hängt es ab, daß diese Politik zur Ausführung gelangt.“ Die Kammer sprach darauf in einer vom Ministerpräsidenten angenommenen Tagesordnung der Regierung mit 329 gegen 233 Stimmen ihr Vertrauen und die Billigung mit deren Vorgehen aus.

— Serbien. Die serbische Politik ist nach den eigenthümlichen Ereignissen der letzten Jahre, die mit der Vermählung des Königs Alexander mit Draga Maschin ihren Anfang nahmen, und die politisch zu einer schroffen Abwendung von der Richtung Milans führten, wieder in den väterlichen Kurs eingelenkt. Das Entlassungsgesuch des Kabinetts Wuitich ist angenommen und der Auftrag zur Bildung eines neuen Ministeriums dem General Zinzar-Markowitsch erteilt worden. Der General gehörte zu den treuesten Anhängern König Milans, sodaß aus der auf ihn gefallenen Wahl zu schließen ist, daß König Alexander eine Ab-schwendung von der russischen Richtungslinie nach der österreichisch-ungarischen hin zu vollziehen entschlossen ist. Die bisher bekannt gemordeten Einzelheiten über die Vorgeschichte der Krisis lassen keinen Zweifel übrig, daß der abermalige Aufschub des für diesen Herbst bestimmt in Aussicht gestellten Empfanges des serbischen Herrscherpaares am russischen Kaiserhofe die Quelle der Verwicklungen gewesen ist. Wie es heißt, hat sich Kaiserin Alexandra bisher noch immer geweigert, die Gemahlin des serbischen Königs zu empfangen, und jedes Mal, wenn der Besuch näher rückte, erklärte, sie werde unter allen Umständen durch Gesundheitsrücksichten verhindert sein, Königin Draga anzunehmen. Der jetzige Aufschub hat in Serbien um so peinlicher berührt, als auf bestimmte russische Zusagen hin in Belgrad mit größter Gewißheit auch öffentlich von dem bevorstehenden Besuch in Livadia die Rede gewesen ist. Es war nur folgerichtig, daß das Kabinet Wuitich seine Entlassung nahm, als seine Bemühungen, die Legitimierung der Königin Draga durch einen Empfang am Zarenhofe durchzusetzen, wiederum gescheitert waren. Wie weit der König eine Rückland unfreundliche Richtung wird einschlagen und einhalten können, bleibt abzuwarten. Angesichts der finanziellen Bedrängnis Serbiens hat Rußland ein starkes Druckmittel in der Hand, da es die französische Bankgruppe, durch die Serbien eine größere Anleihe aufzunehmen sich anschickte, jederzeit in einem für Serbien nachtheiligen Sinne zu beeinflussen in der Lage ist. Uebrigens fehlt es Rußland auch nicht an politischen Handhaben, die Serben durch Begünstigung der Bulgaren in Makedonien mürbe zu machen.

— Türkei. Konstantinopel, 17. Oktober. Die Blätter veröffentlichen heute folgende amtliche Mittheilung: Nach telegraphischen Meldungen Ibrahim Pascha, des Kommandeurs der 9. Division in Serres, des Kommandeurs des 3. Korps und des Balis von Saloniki drangen vor acht Tagen bulgarische Banden bei Razlog und Decumbala in Makedonien ein und zwangen die bulgarische Bevölkerung mehrerer Dörfer, sich ihnen anzuschließen. Die Einwohner anderer Dörfer flüchteten aus Furcht ins Gebirge. Hierauf wurde Ibrahim Pascha mit einer genügenden Truppenzahl zur Verfolgung der Banden beordert, welche